

KTM Meyer erläuterte zum o. a. Antrag, dass die SPD-Kreistagsfraktion im Rahmen einer Veranstaltung von verschiedenen freien Trägern und Trägern von KiTa-Einrichtungen im Rhein-Sieg-Kreis angesprochen und darauf hingewiesen worden sei, dass viele Bewerberinnen und Bewerber für diese Ausbildung, die die formalen Voraussetzungen erfüllten, eine Ablehnung erhalten hätten. Die hohe Zahl von über 100 Ablehnungen aufgrund fehlender Qualifikation, die im Kreisausschuss genannt worden sei, erstaune sie. Nach ihrem Verständnis solle nun nach dem Verweis des Kreisausschusses in der heutigen Sitzung eine fachliche Beratung und dann eine Beschlussempfehlung an den Kreistag erfolgen.

Herr Wagner verwies auf seine Ausführungen im Kreisausschuss am 25.09.2023 und die erfolgten Fachgespräche u.a. mit der Bezirksregierung Köln und der Stadt Bonn als Schulträger. Bereits im Kreisausschuss habe er darauf hingewiesen, dass es nach Aussage des kommissarischen Schulleiters des Georg-Kerschensteiner Berufskollegs, Herrn Heinemann, für den PiA-Ausbildungsgang im ersten Jahr für das Schuljahr 2023/2024 31 Schülerinnen und Schüler gäbe und man keinen Bewerberüberhang verzeichne. Somit hätten alle, die sich für diesen Ausbildungsgang interessierten und die formellen Voraussetzungen erfüllten, einen Schulplatz erhalten. Es gäbe üblicherweise im Laufe des Aufnahmeverfahrens immer Interessentinnen und Interessenten, die abspringen würden oder notwendige Unterlagen nicht einreichten. Er habe nicht von 100 Ablehnungen gesprochen, diese Zahl beziehe sich auf die ungefähre Anzahl von Interessentinnen und Interessenten, die jedoch nicht mit der Begründung abgelehnt worden seien, dass es keinen Schulplatz gebe. Er habe im Nachgang den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion schriftlich gebeten, die Namen zu nennen um den Fällen nachzugehen. In einem Fall habe sich dann herausgestellt, dass es gar nicht um den PiA-Ausbildungsgang ginge, sondern um den Bildungsgang der Kinderpflege. Häufig sei es so, dass zwischen den verschiedenen Bildungsgängen in diesem Bereich nicht genug differenziert werde. Er stehe seit vielen Monaten auch mit dem zuständigen schulfachlichen Dezernenten der Bezirksregierung, Herrn Kloß, zu diesem Thema in Kontakt und bedankte sich bei ihm dafür, dass er in der heutigen Sitzung für Fragen und Ausführungen zur Verfügung stehe. Herr Wagner betonte noch einmal, dass für die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern ausschließlich die Schulleitung verantwortlich sei. Es handele sich hierbei um eine innere Schulangelegenheit. Der Schulträger wiederum sei zuständig, wenn es darum ginge, Schulraum zur Verfügung zu stellen oder Unterrichtsmaterialien zu beschaffen. Sollte es einen Bewerberüberhang geben, werde man jeder Schülerin und jedem Schüler in diesem Berufsfeld ein Schulplatzangebot unterbreiten und ggf. mit der Erhöhung der Zügigkeit hierauf reagieren. Hierüber bestünde Einigkeit mit der Stadt Bonn und der Bezirksregierung Köln.

Somit sei die Verwaltung den Belangen des Antrags der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.08.2023, bis auf den Punkt 3, den man als öffentlicher Schulträger aufgrund rechtlicher Grundlagen gar nicht erfüllen könne, nachgekommen.

Herr Kloß bedankte sich für die Einladung und ergänzte, dass man landesweit und somit auch am Georg-Kerschensteiner Berufskolleg in Troisdorf rückläufige Schülerzahlen in der beruflichen Bildung habe. Hierfür gebe es vielfältige Gründe, wie beispielsweise den demografischen Wandel oder dass mehr Schülerinnen und Schüler in die gymnasiale Oberstufe wechseln würden. Jede Schule sei demnach froh über jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler, den sie aufnehmen könne. Bei den Aufnahmekriterien für die einzelnen Bildungsgänge gebe es immer wieder große Missverständnisse. Auch würden sich viele Interessentinnen und Interessenten im Nachhinein doch für ein Studium entscheiden. Darüber hinaus gebe es landesweit kein einheitliches Monitoring in den Kommunen, sodass nicht bekannt sei, wenn Interessentinnen und Interessenten einen Schulplatz an einem Berufskolleg einer anderen Kommune annehmen würden. Diese Faktoren führten dazu, dass fälschlicherweise von sehr vielen Ablehnungen die Rede sei. Er versicherte, dass die landes- und bezirksweite Dienstanweisung an alle Schulleitungen sei, jeder und jedem Interessierten einen Platz anzubieten. Selbst wenn man dies in einer Kommune nicht realisieren könne, würde in jedem Fall ein Schulplatzangebot in einer anderen Kommune erfolgen. Man habe im Rhein-Sieg-Kreis noch ausreichende Kapazitäten, um alle Bewerberinnen und Bewerber aufzunehmen. In den letzten fünf Jahren sei nicht eine einzige Bewerberin bzw. ein einziger Bewerber, die bzw. der die Zugangsvoraussetzungen erfüllte, abgewiesen worden. Lediglich zwei Mal sei es im Ballungsgebiet Köln vorgekommen, dass jemandem ein Schulplatz an anderer Stelle angeboten wurde. In der Region Bonn/Rhein-Sieg sei ihm dies in keinem einzigen Fall bekannt.

Herr Wagner ergänzte, dass am Georg Kerschensteiner Berufskolleg Troisdorf in der Erzieherausbildung des Gymnasiums lediglich 16 Schülerinnen und Schüler in diesem Schuljahr seien. Üblicherweise seien es 25-30. Diese Form der Ausbildung komme zwar nicht für jeden in Frage, jedoch habe der kommissarische Schulleiter Herr Heinemann ganz offiziell Schulen im Rhein-Sieg-Kreis angeschrieben und dafür geworben, ohne jedoch eine Rückmeldung zu erhalten. Die Schule freue sich somit nicht nur über jede Schülerin und jeden Schüler, sondern gehe aktiv in die Schullandschaft des Rhein-Sieg-Kreises und bewerbe dieses Berufsfeld.

Anschließend erläuterte Herr Wagner, dass der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ja bereits im Kreisausschuss am 25.09.2023 hinlänglich besprochen wurde und der Sachverhalt sowohl verwaltungsseitig als auch seitens der SPD-Kreistagsfraktion genauso wie hier im Ausschuss dargestellt worden sei. Die Diskussion im Kreisausschuss

habe zu keinem Abstimmungsverhalten geführt, so dass vereinbart wurde, dieses Thema im heutigen Fachausschuss zu besprechen. Er gehe davon aus, dass der Kreistag ein Fachvotum erwarte. Man könne nun über die einzelnen Punkte oder den gesamten Antrag abstimmen lassen. Möglicherweise sehe die SPD-Kreistagsfraktion den Antrag aber aufgrund der vorangegangenen Ausführungen auch als erfüllt an.

Herr Kloß ergänzte, dass es zur Erhöhung der Zügigkeit am Georg-Kerschensteiner Berufskolleg eines Antrags an die Bezirksregierung Köln – Dezernat 48 bedürfe. Dieser Antrag müsse dann mit einer konkreten Bedarfslage begründet sein. Unabhängig von der Ausgestaltung des heutigen Beschlusses, müsse die Bezirksregierung einen solchen Antrag ohnehin anhand eines realen Bedarfs zunächst prüfen.

Herr Uhland führte aus, dass die CDU-Kreistagsfraktion den Fachkräftebedarf im sozialpädagogischen Bereich ebenfalls sehe und begrüßte die zuvor aufgeführten und lösungsorientierten Vorgehensweisen. Aufgrund der gemachten Ausführungen sehe er jedoch keinen Bedarf, den Antrag an den Kreistag zu verweisen und befürworte eine Entscheidung hier im Schulausschuss.

KTM Meyer schlug vor, die Ausführungen der Verwaltung und der Bezirksregierung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Über den Antrag müsse weder im heutigen Schulausschuss noch im morgigen Kreistag abgestimmt werden.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung und des anwesenden Schulfachlichen Dezernenten der Bezirksregierung Köln für die Berufskollegs werden zur Kenntnis genommen. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird danach als erledigt betrachtet, eine weitere Beratung im Kreistags ist nicht erforderlich.

Einstimmig.

Nach der Abstimmung verwies Herr Wagner vor dem Hintergrund der Fachkräfteoffensive des Landes in den Sozial- und Erziehungsberufen noch einmal an Herrn Kloß.

Herr Kloß nahm zunächst Bezug auf den Ganztagsanspruch im Primarbereich ab 2026 und erläuterte, dass er den Auftrag erhalten habe, den neuen Ausbildungsgang hierfür zu entwerfen und zu etablieren. Sollte sich der Ausschuss mit dem Thema Kapazitätenerhöhung am Georg-Kerschensteiner Berufskolleg Troisdorf beschäftigen wollen, bat er den Ausschuss um Unterstützung, um den neuen Ausbildungsgang am Berufskolleg in Troisdorf etablieren zu können. Dieser Bildungsgang unterscheide sich

vom Bildungsgang der Erzieherinnen und Erzieher. Dies sei von den Ministerien für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen so gewünscht. Es solle sich um einen zweijährigen Bildungsgang auf Sozialassistentenniveau handeln und man erhoffe sich, die bereits im Offenen Ganztags-OGS-tätigen Personen in ein Fachkräfteverhältnis überführen zu können. Dies biete eine Chance für diesen Personenkreis sich dort zu qualifizieren. Es empfehle sich, den Schulen möglichst früh die entsprechenden Kapazitäten an Schulplätzen hierfür zur Verfügung zu stellen. Das Bild der sozialpädagogischen Bildungsgänge am Georg-Kerschensteiner Berufskolleg könnte hierdurch gut ergänzt werden. Man erhoffe sich weiterhin, dass viele dieser Personen anschließend die Weiterbildung des Erzieherausbildungsgangs in Anspruch nehmen würden. Er habe die Berufskollegs heute unterrichtet, dass dieser neue Bildungsgang in enger Absprache mit dem Schulträger angeboten werden könne. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen werde alle Kommunen ebenfalls hierüber informieren. Leider gebe es darüber hinaus noch keine detaillierten Informationen, die die Bezirksregierung an die Schulen weiterleiten könne. Er und die zuständigen Fachberaterinnen und Fachberater stünden jedoch für Fragen selbstverständlich zur Verfügung. Eine darüberhinausgehende Unterstützung seitens Schulträger und Politik würde er sehr begrüßen.

KTM Meyer bat darum, die Informationen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, sobald diese vorliegen, mit zum Protokoll zu nehmen.

Anmerkung der Verwaltung:

Bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Niederschrift lagen der Verwaltung noch keine Informationen diesbezüglich vor.

KTM Gödecke fragte, ob sie es richtig verstanden habe, dass die neue Ausbildung bereits im Schuljahr 2024/2025 beginnen solle.

Herr Kloth bejahte dies und begründete die Eile der beiden Ministerien damit, dass im Jahr 2026 bereits die ersten Absolventinnen und Absolventen zur Verfügung stünden. Einen neuen Fachkräfteschlüssel gebe es ebenfalls noch nicht. Die seitens des Ministeriums kommunizierte Deadline sei Ende Januar 2024.